

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 36

Ersteinst Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,30 M. Nur Postbesug.
Zahlung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 28. August 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 5-12 IV.
Fernruf: Berlin E2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

„Api“-Verhandlungen ohne Ergebnis!

Die Verhandlungen um die Erneuerung des „Api“-Vertrages sind nach zweitägiger Dauer ohne Ergebnis geblieben. Unsere Voraussage, daß es sich diesmal um Sein oder Nichtsein des „Api“-Vertrages handeln würde, hat sich als richtig erwiesen. Das kam schon zum Ausdruck in dem gegen früher sehr verstärkten Aufgebot der Unternehmer, deren Wortführer sich mit aller Energie für die Unternehmeranträge — die wir in unserer letzten Nummer eingehend behandelt haben — einsetzten. Auch der Hauptsprecher der Unternehmer verwies einleitend auf die starke Beteiligung als ein Zeichen dafür, daß es dem Unternehmerverband mit der Durchsetzung seiner Forderungen sehr ernst ist. Nach seiner Anschauung ist die Erhaltung der Industrie nur möglich, wenn die Arbeiterschaft weitere größere Opfer auf sich nimmt. Dabei zeigte sich, daß die Desperadopolitik des Außenleiters Dr. Coerper von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes der Papier verarbeitenden Industriellen zwar als solche erkannt worden ist, doch daß deren Auswirkungen sehr stark überschätzt worden waren, da man dessen Angaben in seinen verschiedenen Rundschreiben als wahr und richtig unterstellt hatte. Es wurde daher allseitig Erstaunen ausgelöst, als von unseren Vertretern ohne Mühe das Unwahre in den Angaben Dr. Coerpers nachgewiesen werden konnte. Trotz dieses aufklärenden Zwischenspiels verharrten die „Api“-Vertreter auf ihren Forderungen. Sie wiesen mit besonderem Nachdruck darauf, daß wir noch immer ohne Zwang — wenn auch oft mit Hilfe der Behörden — zu einem neuen Vertrag gekommen sind, obwohl die Situationen häufig genug außerordentlich verzweifelt gewesen sind. Die trostlose Lage im Gewerbe verlange eine weitere spürbare Entlastung der Betriebe, und zwar nicht nur in der Lohnhöhe, sondern auch durch die Bestimmungen des Mantelvertrages. Nur damit werde den Mitgliedern des „Api“ die Möglichkeit gegeben, auch weiterhin die reichstarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als die richtige anzuerkennen.

Von unseren Vertretern wurde den Argumenten der Unternehmer entgegengehalten, daß zur derzeitigen Not im Haushalt unserer Berufsangehörigen eine weitere Belastung nicht kommen dürfe. Da den Unternehmern dieser schreckliche Notstand bekannt ist — operierten sie doch selbst mit unseren Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffern — mußten ihre Anträge außerordentliches Befremden und eine wachsende Erbitterung hervorrufen. Der andauernde Druck auf die Arbeitsbedingungen, zu dem sich noch die gewaltigen Beschneidungen in der Sozialversicherung gesellen, muß die Lust und Freude an und zur Arbeit völlig ab-

töten. Unsere Kollegenschaft lehnt es ab, ihre Arbeitsbedingungen auf den Stand der aller-schlechtestbezahlten Berufsgruppen herabdrücken zu lassen. Die von den Unternehmern so beliebten Vergleiche unserer Löhne mit denen un-gelernter Arbeiter anderer Berufsgruppen wurde zurückgewiesen. Wozu brauchen wir in unseren Betrieben eine lange Lehrzeit, wenn nach deren Abschluß Arbeitsbedingungen Richt-schnur sein sollen, die z. T. noch unter denen un-gelernter Berufsgruppen liegen soll?

Nach der langen Generalausprache des ersten Verhandlungstages wurden die Ver-suche zur Verständigung am zweiten Tage in eine kleine Kommission verlegt. Auch hier war alle Mühe umsonst. Mit geradezu verbissener Energie hielten die Unternehmervertreter an ihren Anträgen fest. Wie schon in unserer letzten Nummer berichtet wurde, ging ihr Hauptstoß nach drei Richtungen. Die Entlohnung der Kolleginnen, die Feriendauer, die Ferien- und Feiertagsbezahlung und das Dristklassenverzeichniss, durch das eine ganz generelle Lohnsenkung herbe-geführt werden sollte, waren die Stellen, gegen die sie auch in der Kommission anstürmten. Mit vielen Worten zeigten sie die Not der Betriebe auf, denen eine fühlbare Entlastung werden müsse, wenn sie am Leben bleiben sollen. Un-seren Vertretern oblag es demgegenüber, den Zustand im Arbeiterhaushalt zu schildern, wie er in Wirklichkeit ist und Paral-lesen zu ziehen zwischen der Staatshilfe, die der Industrie und Landwirtschaft wurde im Gegen-satz zu den fortgesetzten Bedrückungen, die den Arbeiterhaushaltungen widerfahren. An Hand von Betriebsberechnungen sollte uns nachgewie-sen werden, in welchem Ausmaß der einzelne Unternehmer durch die vertraglichen Bestim-mungen belastet würde. So sollte — um nur ein Beispiel anzuführen — ein größerer Betrieb durch die Ferienbestimmung um 6,8 Proz. der Gesamtjahreslohnsomme belastet sein. Eine ein-fache Ueberlegung zeigt, daß solche Berechnungen nicht stimmen können. Wenn ein Betrieb das ganze Jahr über voll beschäftigt ist und das gesamte Personal erhält den Höchstlohn von je neun Tagen Ferien, dann beträgt die Be-lastung nur erst 3,3 Proz. Der Betrieb müßte also das ganze Jahr über weniger als 24 Stunden arbeiten und jeder Beschäftigte müßte den Höchstlohn von neun Tagen Ferien erhalten — zwei Voraussetzungen also, die nie da sein werden —, dann erst könnte die Angabe der Unternehmer richtig sein. Dieses Beispiel zeigt jedoch, mit welcher Verbissenheit in den diesmaligen Verhandlungen um jeden Fußbreit Boden gekämpft wurde.

Doch auch die Kommissionsverhandlungen brachten die Parteien um keinen Schritt näher

aneinander. Gleich wie die Unternehmer an ihren Anträgen festhielten und die unserer Ver-treter ablehnten, so lehnten auch unsere Ver-treter die Unternehmeranträge ab und beharr-ten auf den von uns gestellten. Lediglich in einigen Punkten von — unter Beachtung des beiderseitigen großen Zieles — untergeordneter Bedeutung würde man zu einer Verständigung gekommen sein, wenn sonst die Mög-lichkeit zum Abschluß eines neuen Ver-trages bestanden hätte. Was in der letzten Zeit in anderen Reichstarifverträgen Recht geworden ist, könnte man auch für den „Api“-Vertrag Recht sein lassen, wenn es damit sein Bewenden haben würde. Die sehr viel weitergehenden Forderungen des Arbeitgeberverbandes der Papier verarbeitenden Indu-striellen verhinderten dies jedoch.

So standen sich die Parteien am Abend des zweiten Verhandlungstages genau so weit gegenüber, wie zu Beginn des ersten und der Augenblick einer Verständigung war weiter ent-fernt als je. Unter diesem Eindruck wurden die Verhandlungen als er-gebnislos abgebrochen. Damit ent-stand dann die Frage: „Was nun?“ Der lau-fende Vertrag gilt noch bis zum 31. August. Unter Berufung auf Ziffer 62 des Mantelver-trages, der die vertragsschließenden Parteien ver-pflichtet, alle zur Schlichtung von Streitigkeiten vorgesehenen tariflichen bzw. gefehlischen Instan-zen anzurufen, ehe Weiterungen eintreten sollen, wurden sich die Parteien einig, das Reichs-arbeitsministerium um die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses zu ersuchen. Das ist inzwischen geschehen, er wird am 26. August zusammentreten, so daß über das Geschick des „Api“-Vertrages voraussichtlich bereits ent-schieden sein wird, wenn unsere Mitglieder diesen Bericht vorgelegt bekommen. Ueber das Ergebnis wird unsere nächste Nummer Kenntnis geben.

Der Kampf um die Freiheit.

Das deutsche Volk hat jetzt einen harten Kampf um die Demokratie mit der von Diktaturgelüsten beherrschten Reaktion auszufechten. Die Straßen deutscher Städte zeigen Aufmärsche braun angezogener Gestalten, die sich einbilden, eine geschichtliche Mission erfüllen zu müssen. In Wirklichkeit sind diese uniformierten Horden nichts anderes als Soldaten der Reaktion, willfährige Werkzeuge der Todfeinde jeder Volksfreiheit. Seit dreihundert Jahren kämpft die Demokratie in Europa gegen den Absolutismus, gegen Knechtschaft und Unterdrückung. Das englische Volk hat seine Weitherr-schaft nur deshalb selbst in schwierigsten Perioden aufrecht zu erhalten vermocht, weil Demokratie und Freiheit dort keine leeren Begriffe, sondern zur Volkstugend geworden sind. Das deutsche Volk kämpft seit mehr als hundert

Zahren um ein wenig Freiheit und Mitbestimmungsrecht in der staatlichen und wirtschaftlichen Exekutive.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist seit achtzig Jahren der Bortrupp in diesem geschichtlichen Kampf. Sie ist bemüht, dem geistig hochentwickeltesten Hand- und Kopfarbeiter zum Mitbestimmenden an den Geschicken der Nation zu machen. Jetzt erwächst ihr aus der Not der Zeit ein Gegner, der das deutsche Volk um Jahrzehnte zurückzuwerfen sich anschickt. Der unpolitische deutsche Bürger, im Knechtsinn geboren und erzogen, sehnt sich wieder danach, nach oben zu schießen und Befehlen zu gehorchen. Der bekannte Jurist Rudolf Olden hat diesen Untertanentyp kürzlich im „B. L.“ folgendermaßen gekennzeichnet:

„Ob es uns nun schlecht ging oder weniger schlecht, immer gab es einige oder viele unter uns, die das Gleichgewicht von Kräften, das die Weimarer Verfassung eingerichtet hat, als trasse Unordnung empfanden und durchaus an seine Stelle das Uebergewicht eines einzelnen setzen wollten. Je mehr dies Gewicht dann gedrückt hätte, desto lustvoller hätten sie es ertragen. Es gibt immer Menschen, die des Zwangs bedürfen, und ihn um so lieber dulden, je grausamer er schneidet. Können sie gar an einem Zipfel seiner Ausübung teilnehmen, so sind sie vollkommen glücklich. Man nennt sie Radfahrer, weil sie den Rücken krümmen und nach unten treten. Aber es sind viele unter ihnen, denen es weniger auf die eigenen Beine, als auf die des andern ankommt, der über ihnen ist, und darauf, daß sie ihren Nacken unter fremden Füßen krümmen machen dürfen. Wer ihnen erlaubt, sich gerade zu halten und frei zum Himmel aufzusehen, der ist ihr Feind. Sie mißtrauen ihm und verschwören sich gegen ihn, sie ruhen nicht eher, als bis er ersetzt ist durch einen, der sie anschaut und mißhandelt und den sie dafür verehren.“

Das ist der Typ des von keiner wahren Bildung beschwerten aber in seiner Knechtseligkeit zufriedenen Spießbürgers. Er will die Herr-

schaft eines einzelnen oder einiger weniger, die über ihm stehen. Er ist bereit, sich diesen willig unterzuordnen, wenn er nur die Berechtigung erhält, auf das Volk der Arbeit etwas mitherumtrampeln zu können. Als der preußische Militarismus 1918 samt der Monarchie und dem ganzen Plunder zusammengebrochen war, erkannten weite Teile des deutschen Bürgertums, daß sie in diesen „Spitzen der Gesellschaft“ nichts anderes angebetet hatten, als ihre eigenen Hirngespinnste. Es schien eine Zeitlang, daß das deutsche Bürgertum in seiner Mehrheit bereit war, die in den Tiefen des Volkesschlummernden, unverbrauchten Kräfte zu mobilisieren und sie zum Aufbau eines wahrhaften demokratischen Staates nutzbar zu machen. Weil aber ein Land, das einen Krieg verloren hat und die furchtbaren Lasten eines vollständigen Wiederaufbaues auf sich nehmen muß, nicht in ein paar Jahren in ein Paradies verwandelt werden kann, begannen viele an der Sendung der demokratischen Freiheit zu zweifeln. Ein nie gekannter wirtschaftlicher Zusammenbruch kam hinzu. Was lag näher, als daß das deutsche Bürgertum jenem ausländischen politischen Rattenfänger nachließ, der die dunklen Instinkte des deutschen Untertanen wieder lebendig zu machen vermochte. Mit dem Nationalsozialismus brach eine Volkstrantheit aus, die einen Mischmasch von Hysterie und Untertanenromantik darstellt. Wir haben bestimmte Teile des deutschen Volkes nie hoch eingeschätzt, doch wir müssen erkennen, daß das Emporragen des deutschen Volkes zur Höhe der Freiheit und Demokratie über unendliche Klippen gehen wird. Der Kampf um die Selbstbestimmung des Volkes befindet sich erst im Anfangsstadium. Die deutsche Arbeiterbewegung muß sich wieder als ein kompakter Faktor zusammenfinden, damit sie jenen Elan bekommt, der die Reste einer vergangenen Zeit endgültig ausröckelt und die Bahn frei macht zur Freiheit und Demokratie.

Organisationsapparat. Die Gewerkschaften — als Sachwalter nicht nur der organisierten — als vier Millionen Arbeitnehmer, sondern als die auch verfassungsmäßig berufenen Vertreter der Arbeiterklasse überhaupt — bedürfen natürlich neben der Mitarbeit hunderttausender ehrenamtlicher auch der entgeltlichen Arbeit angestellter Funktionäre und leistungsfähiger Bürokräfte. Deren Zahl ist angesichts der Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen Organe und ihrer Aufgaben auffallend niedrig. Einrichtung und Unterhalt von mehr als 12 000 örtlichen Verwaltungsstellen und einigen hundert Gau-, Bezirks- und Reichsleitungen, die Leitung der mannigfachen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Gewerkschaften verlangen natürlich auch einen finanziellen Aufwand für die sogenannte „Verwaltung“.

Ueber 12 000 Tarifverträge haben die Gewerkschaften abgeschlossen. Ende vorigen Jahres unterstanden 8½ Millionen Beschäftigte diesen tarifvertraglichen Vereinbarungen, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft regeln und die Ansprüche und Arbeitsbedingungen mehrerer hunderttausend Lehrlinge festlegten.

In 600 Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen erhielten um Rechtsauskunft nachsuchende Arbeitnehmer in 900 000 Fällen Auskünfte, wurden mehr als 300 000 Schriftsätze für sie angefertigt. Neben den 110 Mill. Mk. Unterstützung aller Art, fanden hunderttausende hilfsbedürftige Gewerkschaftsmitglieder persönlichen Rat und Hilfe bei ihren Gewerkschaften. Daß diese umfassende Tätigkeit nur mit Hilfe einer sorgfamen Verwaltung zu bewältigen ist, sollte einleuchten.

Man wird die Zahl der ehrenamtlich neben der verhältnismäßig kleinen Zahl hauptberuflicher Funktionäre für die Gewerkschaftsbewegung tätigen Kollegen mit einer halben Million nicht zu hoch beziffern. Es sind neben den gewerkschaftlichen Betriebsobleuten in der Zeit guter Beschäftigung etwa 300 000 freigewerkschaftliche Betriebsräte tätig gewesen, in den Gesellenausschüssen der Handwerktastammern sitzen rund 10 000, in den Ausschüssen der Berufsschulen rund 5000 Gewerkschafter. In den Arbeitsgerichten sind mehr als 10 000, in den Arbeitsämtern mehr als 2000 Gewerkschafter ehrenamtliche Beisitzer. In den Sozialversicherungskörperschaften vertreten, durch Wahlen delegiert, mehr als 50 000 freigewerkschaftliche Beisitzer die Interessen der Arbeiterschaft. Und unter diesen Beauftragten der Gewerkschaften befinden sich zur Zeit zahlreiche Arbeitslose, die nicht mehr in der Lage sind, die Unkosten aus ihrer Tätigkeit aus eigener Tasche zu bestreiten. Sie bedürfen heute mehr denn je einer Entschädigung aus den Mitteln der Organisationsstellen, so daß es zu bewundern ist, daß die Kosten der Verwaltung in den letzten Jahren gesunken sind.

Die Geschichtsbeflissenen behaupten, daß ohne die Zünfte das soziale, ja das staatliche Leben des Mittelalters undenkbar wäre. Das mag stimmen. Der soziale Staat der Zukunft wird aber ohne Gewerkschaften und die durch sie ausgelösten großen gesellschaftsgestaltenden Kräfte ebensowenig auskommen. Man hält es heute in Deutschland beinahe für selbstverständlich, alles, was nicht Unternehmercharakter trägt, mit dem Hinweis auf den sich als notwendig erweisenden Verwaltungsaufwand als unnötige „gesellschaftliche Belastung“ abzutun. Wir kennen das Lied aus dem Kampfe der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung, wir hörten es lange genug aus dem Munde der politischen Reaktion gegen die preußische Polizei, als sie noch nicht in ihren Händen war. Trotz wirtschaftlicher Not, die gewiß auch die Gewer-

Leistungen der Gewerkschaften!

Mit mehr als 4,1 Millionen Mitgliedern hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund das Jahr 1931 abgeschlossen. Die dem ADGB angeschlossenen Verbände zeigten in ihrem Mitgliederbestand eine angesichts der furchtbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise beachtenswerte Festigkeit. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder lag Anfang dieses Jahres immer noch über der Mitgliederzahl, die die freigewerkschaftlichen Verbände Ende 1926, also vor dem Konjunkturaufschwung der Jahre 1927 und 1928, aufzuweisen hatten.

Die Gewerkschaften bewährten sich aber nicht nur in ihrem organisatorischen Aufbau hervorragend, auch in ihren Leistungen stehen sie nicht zurück. Man denke dabei nicht nur an die in unvergleichbar schweren sozialen Kämpfen der vergangenen Jahre abgewehrten Angriffe des Untertanentums und der ihm weitgehend dienstbaren politischen Gewalten. Seit Beginn der Krise sind von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder auch direkte Unterstützungen in einem Ausmaße geleistet worden, daß selbst Gegner der Gewerkschaften dieser sozialen Hilfsaktion größten Stiles ihre Anerkennung nicht versagen konnten. Rund 110 Millionen Mark sind im Jahre 1931 an die Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Verbände an Unterstützungen der verschiedensten Art ausgegahlt worden. Während die Banken ihre Zahlungen ein-

stellten, große Konzerne zusammentrachten und kaum ein gesellschaftliches Institut ohne Staatshilfe lebensfähig war, haben sich die Gewerkschaften bei Anforderungen höchster Art geradezu glänzend geschlagen. Kein Wunder, wenn die gewerkschaftsfeindliche Presse sich über den jetzt erschienenen Vorbericht zum Jahrbuch des ADGB herstürzt, um an Hand der von den Gewerkschaften in gewohnter Offenheit bis ins einzelne detaillierten Jahresabschlüsse zu behaupten, daß die Gewerkschaften ebenfalls am Ende ihres Lateins wären. Bei 184 Millionen Einnahmen hatten die Gewerkschaften im Jahre 1931 über 216 Millionen Mark Ausgaben. Aufgeregte Presseleute glauben daraus bereits den finanziellen Ruin der Gewerkschaften herleiten zu können. Besonders haben es einigen bürgerlichen Zeitungen die „Verwaltungskosten“ der Gewerkschaften angetan, die im vorigen Jahre (trotz Rückganges in den letzten Jahren) rund 53 Millionen Mark betragen. Dabei zeigt sich in diesen Zahlengrößen doch gerade, daß die Gewerkschaften dank einer vorausschauenden Vermögensbildung den Krisenanforderungen in vollem Umfange gerecht werden konnten.

Wie jedes Gewerkschaftsmitglied weiß, der bürgerlichen Presse aber offenbar noch unbekannt sein dürfte, verfügt die Gewerkschaftsbewegung zur Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben über einen tadellos funktionierenden

schaften veranlassen, mit den sparsamsten Mitteln ihren Aufgaben gerecht zu werden, gilt es, den gewerkschaftlichen Organisationsapparat, gilt es, alle Einrichtungen der Gewerkschaften, ihre Büros und Volkshäuser, ihre Jugendheime und Bibliotheken zu fördern und nach bestem Können auch fernerhin auszubauen.

Schafft Arbeit!

Der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, veröffentlicht im „Berliner Tageblatt“ einen beachtenswerten Aufsatz über die Arbeitsbeschaffung. Nachdem Leipart die Dringlichkeit der Beschaffung von zusätzlicher Arbeit nachgewiesen hat, schreibt er:

„Es müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt: Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen. Für die Deckung der Kosten sind in erster Linie die durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen, sowie die von ihnen aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu verwenden. Darüber hinaus müssen sämtliche noch aufreibbaren Mittel herangezogen werden.“

Die Vorschläge der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung sind hier klar herausgearbeitet. In den weiteren Ausführungen behandelt Leipart die Finanzierungsfragen. Im Mittelpunkt steht die Kombination der Arbeitsbeschaffungsanleihe mit einer Kreditaktion der Banken. Die Gewerkschaften seien, so fährt Leipart weiter aus, keine Befürworter neuer finanzpolitischer Abenteuer und wünschen die Aufrechterhaltung der Währung. Leipart schließt seine Forderungen und Mahnungen folgendermaßen: „Die Geduld und die Spannkraft des Volkes sind so gut wie ausgeschöpft. Es kann kein gefährlicheres Abenteuer geben, als die Entwicklung ihrem natürlichen Laufe weiter zu überlassen. In zwölfster Stunde können wir uns nicht mehr den Luxus der Politik des Wartens leisten.“

Eine verkannte Anschuld!

Unsere beiden Aufsätze „Konkurrenzmanöver im Unternehmerlager“ und „Was ist Wahrheit?“ in den Nummern 31 und 34 unserer Zeitung haben Herrn Dr. Coerper Anlaß gegeben, unserer Verbandsleitung zu unterstellen, zu irgendwelchen sagenhaften „grobtaktischen Zwecken die Tatsachen entstellte und verdreht“ zu haben. Diese Unterstellung bringt Herr Dr. Coerper in einem Schreiben an unsere Verbandsleitung, in dem er seine „stets aufrechte und aufrichtige Kampfweise“ besonders zu betonen für notwendig hält. Herrn Dr. Coerper sind die Organisationseinrichtungen der Gewerkschaften versiegelte Bücher, andernfalls müßte er wissen, daß die Auslassungen der Gewerkschaftspressen nicht zum Verantwortungsbereich der Verbandsvorstände gehören. Diese Unkenntnis gewerkschaftlicher Einrichtungen verleitet ihn so zu Beschuldigungen gegenüber unserer Verbandsleitung in durchaus ungerechtfertigter Weise.

Herr Dr. Coerper sagt in seinem Schreiben vom 17. August, daß er uns gegenüber auf unsere Aufsätze nicht einzugehen brauche, daß sie ihn jedoch „zu einigen grundsätzlichen Äußerungen“ veranlassen, von denen er wünscht, daß sie auch unseren Lesern nicht vorenthalten würden. Diese „grundsätzlichen Äußerungen“ bestehen zunächst in einem Bedauern darüber, daß wir uns noch immer „in den Formen einer veralteten gewerkschaftlichen Polemik bewegen, die bestimmt nicht die Form ist, in der sachliche Gegensätze sachlich ausgetragen werden könnten“. Wie Figura zeigt, sagt Herr Dr. Coerper die Austragung sachlicher Gegensätze so auf, daß er in seinen mehr oder weniger vertraulichen Rundschreiben an seine Anhänger die Dinge auf den Kopf stellen und die Tatsachen etwas gewalttätig verbiegen darf, und daß er empfindlich wird, wenn er dafür eins auf seine Finger bekommt. Die Zurückweisung seiner wirklichkeitsfremden Anschauungen und die Richtigstellung seiner — wir dürfen wohl sagen — bewußt falschen Sachdarstellung nennt er dann ein „böswilliges“ Verhalten ihm, dem „aufrechten und aufrichtigen Kämpfer“, gegenüber. Wie haben wir doch den Mann verkannt, der durch seine zersetzende Arbeit mit voller Kraft und mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig wäre, die Unterminierung eines seit zwölf Jahren bestehenden Vertragsverhältnisses betreibt, der dabei „den Tarifkampf nicht als Vernichtungskampf, sondern nur auf dem Boden der Gleichberechtigung, das heißt der Anerkennung des Gegners als Vertreters gleichwertiger Interessen“ geführt wissen will! Der Wolf im Schafspelz verschweigt nur dabei, daß die von ihm propagierte Tarifpolitik die Gleichberechtigung des tarifpolitischen Gegenspielers verneint, daß er vielmehr diesen durch Zugeständnisse an einem kleinen Teil — an die gelernten männlichen Arbeitskräfte — auf Kosten der größeren Masse des andern Teiles — der Un- und Angelernten und der Kolleginnen — zerreißen, uneinig machen und damit zersplittern und kampfunfähig machen will. Herr Dr. Coerper sammelt alle die Unternehmer der Papierverarbeitung um sich, denen eine ordnungs- und gleichmäßige und damit für alle geltende Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und eine tragbare Entlohnung der Männer und Frauen unseres Berufes ein Grauel ist, die sich allein als die Herren fühlen, die zu bestimmen haben, was als Entgelt für ehrlich geleistete Arbeit gezahlt werden soll, die unseren an sich so schönen Beruf durch schändlichste Schmutzkonkurrenz auf Kosten des Arbeitslohnes ruinieren, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ins Bodenlose absacken lassen wollen. Das ist alles andere, nur keine „Anerkennung des tariflichen Gegenspielers als gleichberechtigten Vertreter gleichwertiger Interessen“. Herr Dr. Coerper als Führer der tariflichen Desperadopolitik in unserem Beruf hat darum kein Recht, sich als Verfechter der Gleichberechtigung aufzuspielen. Müssen wir ihm erst die Namen der absoluten Verächter dieser Gleichberechtigung, denen er als Führer vorangeht oder die er zur gleichen Mißachtung der Gleichberechtigung verleitet, nennen?

Herr Dr. Coerper behauptet einmal mehr, daß sich die Reichstarifpolitik in der Papierverarbeitung im Gegensatz zum graphischen Gewerbe nicht durchgesetzt hat. Die Allgemeinverbindlicherklärung des „Apt“-Reichstarifvertrages durch die verschiedensten führenden Männer im Reichsarbeitsministerium sind ihm als Belege für seine tatsachenfremde Anschauung

anscheinend noch nicht deutlich genug gewesen, obwohl zum Teil monatelange andauernde Untersuchungen und Erhebungen durch das RMW. im ganzen Reich zu wiederholten Malen durchgeführt und dabei die Anhänger Coerper'scher „aufrichtiger“ Tarifpolitik mit ihren Behauptungen noch jedesmal zurückgewiesen wurden.

Was an dem Schreiben des Herrn Dr. Coerper besonders auffällt, ist die Tatsache, daß er auch nicht den leisesten Versuch macht, uns irgend etwas Falsches in unseren Aufsätzen nachzuweisen, daß er kein Wort dafür aufbringt, zu erläutern, worin unsere Sachdarlegungen und Zurückweisungen seiner falschen Berichterstattung an seine Anhänger „entstellt und verdreht“ sind. Er weiß, warum er das unterläßt, denn er weiß selbst nur zu gut, daß er es dabei — wie wir ihm schon einmal attestierten — mit der Wahrheit nicht allzu genau genommen hat in der sicheren Erwartung, daß uns seine Rundschreiben auf ewig unbekannt bleiben würden. Mit solchen überaus fragwürdigen Erwartungen sind schon andere Leute als Dr. Coerper schändlich hereingefallen, und wir wollen nur wünschen, daß er die einzig richtigen Schlussfolgerungen aus dieser Affäre ziehen wird und in der Folgezeit etwas „aufrichtiger“ seine Anhänger von den negativen Resultaten seiner zersetzenden Arbeit berichtet. Wir versichern Herrn Dr. Coerper, daß wir nach wie vor auf dem Posten sein und ihn rücksichtslos hart anpacken werden, wo das nicht geschieht. Das ist und bleibt unsere Aufgabe als Beauftragte der Interessen der Gesamtarbeiterschaft der Papierverarbeitung trotz Herrn Dr. Coerper.

Vertrauen gegen Vertrauen!

Im Streben nach der wirtschaftlichen Befreiung sind die Eigenunternehmungen der Werktätigen wichtige Faktoren. Sie haben einflußreiche Stellungen in der Gesamtwirtschaft erreicht, was nicht zuletzt auf die wachsende Erkenntnis von der Bedeutung dieser Bestrebungen zurückzuführen ist. Die Eigenunternehmungen befriedigen heute in ihrer Gesamtheit schon viele, auch die persönlichsten Bedürfnisse der Arbeiterchaft. So ist zum Beispiel der Volksfürsorge die Aufgabe zugewiesen worden, das auch in werktätigen Kreisen vorhandene Bedürfnis nach privaten Versicherungen, speziell nach Lebensversicherungen, zu befriedigen. Das ist ihr in hohem Maße gelungen. Es fehlt selbstverständlich auch der Volksfürsorge nicht an Anfeindungen aus den Kreisen, die der Arbeiterchaft und ihrem Streben nicht gut gesonnen sind. Sie sehen über die Volksfürsorge Gerüchte in Umlauf, die das Vertrauen zu ihr erschüttern sollen.

Die Volksfürsorge fördert ihren ureigensten Aufgaben gemäß durch ihre Kapitalübergebung besonders die Bautätigkeit mit deren wirtschaftsbelebender Wirkung. Die Höhe der laufend anzulegenden Kapitalien, die als erstfällige Hypotheken größte Sicherheit für das Eigentum der Versicherten verbürgen, wird bestimmt durch die Beitragszahlungen der Versicherten und die Einnahmen aus Zinsen und Kapitalerträgen. Diese sind auch heute noch sehr hoch, weil der weitaus größte Teil der Versicherten, der erkannt hat, daß Versicherungsschutz notwendiger denn je ist, trotz der finanziellen Nöte sich um die Aufrechterhaltung der Versicherung bemüht.

Es ist angebracht, bei dieser Gelegenheit einiges über Rückläufe von Lebensversicherungen, die mitunter von den Versicherten in Erwägung gezogen werden, zu sagen, zumal darüber nach unserer Beobachtung sehr große Unklarheit auch bei unseren Kollegen besteht.

Die Versicherten sind vielfach der Ansicht, daß sie die an die Gesellschaft gezahlten Prämien beim Rückkauf, also bei der Kündigung, voll zurückerhalten müssen, da die Volksfürsorge für sie ja nichts geleistet habe. Das ist durchaus irrig und kann zu unangenehmen Enttäuschungen führen. Die Lebensversicherung in ihrer Eigenart kann nicht verglichen werden mit einer Sparkasse, sondern nur mit Einrichtungen, bei denen das Risiko eine wesentliche Rolle spielt, zum Beispiel mit der Feuer-, Kranken-, Unfallversicherung usw. Es wird aber niemand auf den Gedanken kommen, bei diesen Einrichtungen seine eingezahlten Beiträge zurückzuerlangen, weil es zum Beispiel „bei ihm nicht gebrannt hat“, er „nicht krank war“ oder „keinen Unfall erlitt“. Jeder weiß, daß die Beiträge verbraucht wurden, um z. B. die insgesamt entstandenen Feuerschäden zu decken. Bei der Lebensversicherung ist natürlich auch ein Risiko vorhanden, das die Gesamtheit der Versicherten mit einem Teil ihrer Prämien decken muß, und zwar sind es die vor dem normalen Ablauf der Versicherung eintretenden Auszahlungen für Sterbefälle. In diesen Fällen ist die Volksfürsorge gemäß den Versicherungsbestimmungen verpflichtet, die vertragsmäßige Versicherungssumme voll auszuzahlen (bei Unfalltod oft doppelt), ganz gleich, wieviel Prämien dazu entrichtet worden sind. Das ist ja auch der besondere Vorteil, den die Lebensversicherung gegenüber einer Sparkasse hat, der Versicherten von Sparen unterscheidet.

Der restliche, weit größere Teil der Beiträge wird angehäuft und bildet mit der Verzinsung die sogenannte Prämienreserve, die die Auszahlung der vollen Versicherungssummen nach Ablauf der Versicherungsdauer garantiert. Und dieser Teil kann folglich bei einem Rückkauf nur erstattet werden, nachdem noch die entstandenen Unkosten in Abzug gebracht sind. Es darf sich darum niemand verleiten lassen, seine Versicherung aufzukündigen, weil die dabei entstehenden Schäden so leicht nicht zu ersetzen sind. Die Volksfürsorge hat Vorzöge getroffen, daß bei wirklicher Zahlungsbehinderung der Versicherungsschutz — natürlich in beschränktem Umfang — erhalten bleibt.

Darüber erteilen die Rechnungsstellen und Vertrauensleute Auskunft. Der Rückkauf ist voller Verlust des Versicherungsschutzes und trifft jeden Versicherungsnehmer hart. Die Volksfürsorge kann deshalb vom Rückkauf nur abraten. Mancher Rückkauf wurde schon bereut, weil kurz danach ein Todesfall eintrat.

Die Versicherten der Volksfürsorge können davon überzeugt sein, daß die Volksfürsorge sich bei dieser Empfehlung von der Auffassung leiten läßt, dem Volke bestens zu dienen. Denn für sie gilt der Grundsatz: „Vertrauen gegen Vertrauen“.

Die Volksfürsorge arbeitet rastlos, um alle Werttätigen zu erfassen und das vorhandene Versicherungsbedürfnis zu decken. Die Koste der Gegenwart sind vielseitig und schwer, aber man darf darüber nicht die mögliche und erreichbare Sicherung der Zukunft vernachlässigen. Darum sollte sich im Vertrauen zur Volksfürsorge niemand beirren lassen, ganz gleich, von welcher Seite es zu zerstören versucht wird.

Unsere Jugend im Jahresbericht.

Der Jahresbericht unseres Verbandes von 1931 enthält auch einen ausführlichen Bericht über unsere Jugendbewegung. Man kann mit Genugtuung feststellen, daß ihr eine gebührende Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. Gewiß wird auch hier mit vollem Recht bemängelt, daß es uns leider nicht

Ein Verbot unserer Zeitung

droht uns nach Abschluß dieser Nummer der Polizeipräsident von Berlin an wegen unseres Artikels „Heraus zur Wahl!“ in Nummer 31 vom 24. Juli, also 4 1/2 Wochen nach deren Erscheinen. Wir werden in nächster Nummer hierzu etwas zu sagen haben.

möglich ist, unsere Berufsjugend voll in unseren Jugendgruppen zu erfassen, doch sind auch die Gründe hierfür eingehend angeführt.

Ein besonderes Interesse erweckt die Zusammenstellung über das Alter der Jugendleiter, kann man doch daraus ersehen, daß es überwiegend ältere Kollegen sind, die ihre freie Zeit für die Jugend opfern. Das ist wahrlich kein schlechtes Zeichen. Denn gerade der ältere Kollege ist meist in einem einmal übernommenen Amt ausdauernder als ein jüngerer. Hinzu kommt, daß der ältere Kollege mehr Lebens- und Berufserkenntnis besitzt und so der Jugend aus eigener Erfahrung heraus etwas Gutes bieten kann.

Die Wiedergabe der Themen, die im vergangenen Jahre in den einzelnen Jugendgruppen behandelt worden sind, läßt deutlich erkennen, wie vielseitig und abwechslungsreich dieses Arbeitsgebiet ist. Es wird in dem Bericht auf Grund dieser Themenzusammenstellung bedauert, daß unsere Jugend zu wenig mit den Aufgaben und Zielen unseres Verbandes vertraut gemacht wird. Gewiß kann man dieser Ansicht zuneigen, wenn man die einzelnen Themen an sich beachtet. Etwas anderes ist es jedoch, wenn man den Inhalt dieser Themen kennt. Wie in dem Bericht mit Recht angeführt wird, bemühen sich eine ganze Anzahl von Organisationen, Sport, Parteien, weltanschauliche Gruppen anderer Art usw. um die Jugend. Wenn nun deren Jugendgruppen mehr Zuspruch haben als unsere, dann aus dem Grunde, weil die Jugendlichen dort mehr Abwechslung finden. Aus dieser Erkenntnis heraus müssen sich unsere Jugendgruppen entsprechend umstellen. So sind die verschiedensten Themen entstanden. Es liegt im Fingerspitzengefühl des Jugendleiters, auch unter neutraleren Tagesordnungspunkten die Gewerkschaftsbewegung und deren Zweck und Ziel in den Vordergrund zu stellen. Dadurch wird unserer Jugend dieses Kapitel nicht so trocken vorgelegt. Aber ein Jugendlicher stellt irgendeine Frage über tarifliche oder statutarische Auslegung eines Einzelfalles, dann ist hier dem Jugendleiter Gelegenheit geboten, ausführlich darauf einzugehen. Diese Handhabung wirkt erfahrungsgemäß auf die Jugendlichen nachhaltiger als irgendein strenger Vortrag, der diese Materie behandelt. Wird eine Frage beantwortet und behandelt, dann wird sie meist nicht als Thema angefaßt worden sein. So ist es meiner Ansicht nach zu erklären, wenn die Angaben der verschiedenen Themen sich nicht direkt, wohl aber indirekt mit den Aufgaben der Gewerkschaft befassen.

Ich glaube nicht, daß sich in unseren Reihen Jugendleiter befinden, die ihr Amt nur bekleiden, um einen — Titel zu erhalten. Vielmehr glaube ich, daß ein jeder nach seinem Wissen bemüht ist, unsere junge Garde in gewerkschaftlichem Sinne aufzuklären. Würde dies nicht der Fall sein, dann wäre die damit verbrachte Zeit und Aufopferung nutzlos vergeudet.

E. Sch., Breslau.

INTERNATIONALES

Die gewerkschaftliche Organisation der Buchbinder in den verschiedenen Ländern.

Es gibt fast keinen Beruf, dessen Angehörige in den verschiedenen Ländern so verschiedenartige Organisationsformen haben, wie die der graphischen Industrie. In Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Dänemark, Norwegen, Schweden, England und Amerika sind Buchdrucker, Buchbinder und Lithographen in je einem Verbandsverbande besonders organisiert. In England und Amerika haben die Buch-

drucker und Lithographen sogar je mehrere Verbände, die Buchbinder jedoch nur einen. Neuerdings haben auch in Spanien die drei Berufe je einen selbständigen Verband. Der typische Vertreter des Einheitsverbandes für alle graphischen Berufe ist Frankreich, das im Verbandsverbande der buchgewerblichen Arbeiter mehr als 22 000 Mitglieder vereinigt, während man bei den Balkanländern Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien wohl annehmen darf, daß sie wegen ihrer Kleinheit nur einen Verband der graphischen Arbeiter oder eine graphische Union haben, wie dies in Finnland und in der Tschechoslowakei (deutsches Gebiet) der Fall ist. Finnland ist mit Schweden, Norwegen und Dänemark wiederum besonders eng in einer „Nordischen Union“ zusammengeschlossen.

Die beiden Nachbarländer Belgien und Holland sind keiner dieser Hauptgruppen einzufügen, denn in Belgien gibt es einen Verband der Buchdrucker und einen der buchgewerblichen Arbeiter, der die Buchbinder und Lithographen umfaßt. In Holland wiederum bilden die Lithographen einen selbständigen Verband und die Buchbinder sind mit den Buchdruckern zusammen organisiert.

* * *

Die Arbeitslosigkeit in Norwegen.

Nach einem Bericht unseres norwegischen Bruderorgans vom 1. August sind in der Landeshauptstadt Oslo 16 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos. Wenn das auch gegenüber unseren Verhältnissen immer noch gut sein mag, dann liegt die Hauptschwierigkeit in Norwegen doch darin, daß selbst bei normalen Verhältnissen gar keine Aussicht besteht, alle Mitglieder wieder in Arbeit zu bringen, da durch die Aufstellung immer neuer Maschinen immer mehr menschliche Arbeitskräfte verdrängt werden. — Es wird daher im norwegischen Verbandsorgan nicht mehr nur die Vierzigstunden- oder Fünftagewoche, sondern ganz ernsthaft schon der Fünftugendtag gefordert.

Der gleiche Antrag war übrigens schon einmal vor etwa zwei Jahren auf einem Gewerkschaftskongress in Amerika erhoben worden. Damals wurde der Antrag einer Kommission überwiesen, was man als „Beerdigung erster Klasse“ bezeichnet. Wenn die Einführung der 40-Stunden-Woche vielleicht doch über kurz oder lang gesetzlich festgelegt werden sollte, wird sie schon längst wieder überholt sein.

* * *

Hundert Jahre Buchbinder-Vereinigung.

Der Zweigverein Oslo im Verband der Buchbinder von Norwegen besteht am 25. September hundert Jahre.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Einstellung der Lokunterstützung in Remscheid. In der Zahlstelle Remscheid kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Lokunterstützung für Durchreisende nicht mehr ausbezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder, hiervon Kenntnis zu nehmen.

2. Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen an alle Kassierer der Zahlstellen und Gauen verandt worden, desgleichen die üblichen Konjunkturkarten über den Geschäftsgang in den Betrieben. — Wo die Sendung nicht angekommen ist, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

Alle Berichtskarten sind so rechtzeitig abzusenden, daß sie spätestens am 1. September in unserem Besitz sind.

* * *

Abrechnungen

vom zweiten Quartal 1932 gingen bis zum 23. August bei der Verbandskasse ein von: Königsberg i. Pr. — Mt., Ludenwalde 500, — Mt. = Bünde — Mt. = Gleßen-Wehlar — Mt. = Ebersbach-Neugersdorf — Mt., Nerchau — Mt. = Konstanz — Mt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen Göttingen, Hanau, Koburg, Aue im Erzgebirge, Sebnitz, Zwickau, Trofingen.

Der Verbandsvorstand.